

Der US-Journalist Chris Hedges hat den Präsidenten Barack Obama und dessen Verteidigungsminister Leon Panetta verklagt, weil er erreichen möchte, dass ein Gesetz zurückgezogen wird, das dem US-Militär die Möglichkeit gibt, auch in den USA selbst Bürger nur auf Verdacht und ohne ordentliches Gerichtsverfahren unbegrenzt einzusperren.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 027/12 – 29.01.12**

Warum ich Barack Obama verklage

Von Chris Hedges

Truthdig.com, 16.01.12

(http://www.truthdig.com/report/item/why_im_suing_barack_obama_20120116/)

Die Rechtsanwälte Carl J. Mayer und Bruce I. Afran haben am Freitag beim Southern U.S. District Court in New York City (beim Südlichen US-Bezirksgericht in New York City, s. <http://www.nysd.uscourts.gov/>) in meinem Auftrag eine Klage gegen Barack Obama und Verteidigungsminister Leon Panetta eingereicht (englischer Text der Klage s. <http://www.scribd.com/doc/78496151/Text-of-Hedges-Legal-Complaint-Updated>); damit fechte ich die Rechtmäßigkeit des Einsatzes militärischer Gewalt an, der in der verabschiedeten Version des National Defense Authorization Act vorgesehen ist, den der Präsident am 31. Dezember 2011 unterzeichnet hat. (Der englische Gesetzestext ist aufzurufen unter <http://www.scribd.com/doc/78392113/NDAA-Official-Text> , weitere Infos über dieses Gesetz sind nachzulesen unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_12/LP00312_030112.pdf .)

Dieses Gesetz autorisiert im Abschnitt X, Unterabschnitt D, unter der Überschrift "Counter Terrorism" (Terrorbekämpfung) zum ersten Mal seit mehr als 200 Jahren das Militär wieder zu Polizeieinsätzen auf dem Territorium der USA. Nach diesem Gesetz, das bereits am 3. März (2012) in Kraft treten wird, kann das Militär jeden US-Bürger, den es verdächtigt, ein Terrorist zu sein oder Terroristen zu unterstützen, ohne Gerichtsverfahren unbegrenzt inhaftieren. Die Verdächtigen kann das Militär in unsere Auslandsstrafkolonie in der Guantánamo Bay verbringen und dort bis "zum Ende der Feindseligkeiten" festhalten. Dieses Gesetz ist ein katastrophaler Anschlag auf die Bürgerrechte.

Ich habe viele Jahre in Ländern verbracht, in denen das Militär die Macht hatte, Bürger ohne Anklage festzunehmen und gefangen zu halten. Ich bin in einigen dieser Gefängnisse gewesen. Ich hatte Freunde und Kollegen, die in militärischen Gulags (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Gulag>) "verschwunden" sind. Ich kenne die Folgen, die zu erwarten sind, wenn den bewaffneten Streitkräften eines Landes die uneingeschränkte Macht übertragen wird, "Säuberungen" vorzunehmen. Mein Kampf mag an Don Quichotte (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Don_Quijote) erinnern, er muss aber gewagt werden, um die Hoffnung zu nähren, dass wir den Konzernfaschisten unser Land wieder entreißen können.

Der Absatz 1031 des Gesetzes definiert eine "Covered Person" – ein einzusperrendes Subjekt – "als eine Person, die zu Al-Qaida, den Taliban oder einer ihnen verbundenen Organisation gehört oder sie substantiell unterstützt und an Kampfhandlungen gegen die USA oder ihre Koalitionspartner beteiligt ist; einzusperren ist auch jede Person, die an kriegerischen Akten beteiligt ist oder Kampfhandlungen gegnerischer Streitkräfte direkt unterstützt."

Das Gesetz definiert aber nicht, was unter "substantieller Unterstützung," "direkter Unterstützung" oder "verbundenen Organisationen" zu verstehen ist.

Ich habe mich regelmäßig mit Führern der Hamas und des Islamischen Dschihad in Gaza getroffen. Ich habe Führer der Palestine Liberation Organization / PLO, darunter auch Jassir Arafat und Abu Jihad, in Tunesien besucht, als sie international noch als Terroristen galten. Ich habe einige Zeit bei der Revolutionsgarde im Iran verbracht, und mich mit Kämpfern der Kurdischen Arbeiterpartei im Norden des Iraks und im Südosten der Türkei getroffen. Alle genannten Organisationen wurden oder werden von der US-Regierung als Terrororganisationen etikettiert. Was wäre mit uns passiert, wenn es dieses Gesetz schon gegeben hätte, als ich und andere US-Amerikaner in den 1980er Jahren mit bewaffneten Einheiten der Sandinistas in Nicaragua (Infos dazu unter http://de.wikipedia.org/wiki/Frente_Sandinista_de_Liberaci%C3%B3n_Nacional) oder mit Guerilleros der nach Farabundo Marti (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Farabundo_Mart%C3%ADNacional) benannten Liberation Front in El Salvador unterwegs waren? Was hätte es für diejenigen von uns bedeutet, die sich während des Bürgerkrieges im Jemen mit Aufständischen im Süden des Landes oder mit Rebellen im südlichen Sudan getroffen haben? Ich habe so oft, dass ich es nicht mehr zählen kann, mit Menschen gespeist, die in den USA als Terroristen galten. Dadurch bin ich aber doch nicht selbst zum Terroristen geworden.

Sobald eine Gruppe als Terrororganisation eingeschätzt wird – auch wenn es sich um einen palästinensischen Wohltätigkeitsverein oder die Uigurische Unabhängigkeitsbewegung (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Uiguren>) handelt – kann das (US-)Militär nach den Bestimmungen dieses Gesetzes jeden US-Bürger festnehmen, der eine solche Gruppe unterstützt oder ihr unwissentlich Geld oder medizinische Hilfe hat zukommen lassen. In den USA wurden bereits islamische Wohltätigkeitsvereine, welche die Palästinenser unterstützt haben, verfolgt und aufgelöst. Jetzt können die Mitglieder solcher Organisationen wie aktive "Terroristen" behandelt und nach Guantánamo verschleppt werden.

Ich habe allerdings den Verdacht, dass dieses Gesetz vor allem dazu dienen soll, in den USA selbst existierende Bewegungen zu zerschlagen, die sich gegen den Staat der Konzerne zur Wehr setzen wollen. Die Definition eines Terroristen war bereits im Patriot Act (s. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,404037,00.html>) so verschwommen, dass wahrscheinlich einige Millionen US-Amerikaner darunter fallen, die man hätte ausforschen oder sogar einsperren können. Noch diffuser sind die Kriterien, die Menschen in unserer neuen militärisch kontrollierten Konzern-Diktatur verdächtig machen. Das Justizministerium stellt schon Nachforschungen über Sie an, wenn Ihnen einige Finger fehlen, wenn Sie wetterfeste Munition für ihre Waffen besitzen oder wenn Sie Essensvorräte für mehr als sieben Tage in Ihrem Haus gehortet haben. Diese Liste kann jederzeit um einige (gewaltlose) Widerstandstaktiken der Occupy-Bewegung ergänzt werden. Aus einer Laune heraus kann das (US-)Militär jeden US-Bürger, den es als "Terroristen" verdächtigt, einfach kidnappen, in eine unserer "Black Sites" (US-Geheimgefängnisse im Ausland) verschleppen und dort "bis zum Ende der Feindseligkeiten" verrotten lassen. Weil der "Krieg gegen den Terror" endlos ist, kann das ein sehr langer Aufenthalt werden.

Dieser dubiose "Krieg gegen den Terror" ist ebenso undefiniert und vage, wie ähnliche Konflikte in anderen totalitären Staaten. Abweichende Meinungen werden in den USA zunehmend als Verrat diffamiert. Feinde lauern angeblich in jeder Organisation, die nicht in den patriotischen Chor einstimmt, den dieser Staat dirigiert. Dieses Gesetz verstärkt die Paranoia noch, von der ohnehin schon viele US-Bürger befallen sind. Es weitet unseren endlosen Krieg bis in den letzten Winkel des Erdballs aus. Es hebt grundlegende Bürgerrecht auf. Es bewirkt, dass wir unser politisches System nicht mehr als "Demokratie" bezeichnen können.

Die träge und feige Demokratische Partei, die Empörung geheuchelt hätte, wenn dieses Gesetz von George W. Bush in Kraft gesetzt worden wäre, lässt Obama wohl gewähren.

Ich werde das aber nicht tun. Was er getan hat, ist unverzeihlich, verfassungswidrig und außerdem äußerst gefährlich. Die von Al-Qaida ausgehende Bedrohung und ihr Einfluss, den ich für die New York Times ein Jahr lang in Europa und im Mittleren Osten untersucht habe, sind trotz der Anschläge am 11.09 (2001) nur noch geringfügig. Diese Terrorgruppe stellt keine existenzielle Bedrohung für die USA dar. Sie ist so geschwächt und so dezimiert worden, dass sie kaum noch etwas bewirken kann. Osama bin Laden wurde von einem Kommandotrupp erschossen, und sein Leichnam wurde im Meer versenkt. Sogar das Pentagon bestätigt, dass diese Organisation lahmgelegt wurde (s. dazu auch unseren Kommentar).

Warum müssen dann ein Jahrzehnt nach dem Beginn des so genannten "Krieges gegen den Terror" noch derart drakonische Maßnahmen (gegen die eigene Bevölkerung) gesetzlich legitimiert werden? Warum werden die US-Bürger jetzt der Gefahr ausgesetzt, vom Militär ohne ordentliches Gerichtsverfahren inhaftiert zu werden? Der Präsident kann doch nach den bereits seit 2001 geltenden Bestimmungen zum Einsatz militärischer Gewalt rechtlich abgesichert gleichzeitig Richter, Jury und Scharfrichter sein, wenn US-Bürger ermordet werden sollen, was er bei der Tötung des Predigers Anwar al-Awlaki im Jemen ja auch schon praktiziert hat (s. http://www.spiegel.de/thema/anwar_al_awlaki/). Warum ist dieses Gesetz erforderlich, wenn die Regierung routinemäßig bereits den Fünften Zusatzartikel der US-Verfassung – "Niemand darf ... des Lebens, der Freiheit oder des Eigentums ohne vorheriges ordentliches Gerichtsverfahren nach Recht und Gesetz beraubt werden." (zitiert nach http://de.wikipedia.org/wiki/5._Zusatzartikel_zur_Verfassung_der_Vereinigten_Staaten) – ignoriert und uns die im Ersten Zusatzartikel garantierte Redefreiheit nehmen kann? Wie viel mehr Macht braucht sie noch, um den "Terrorismus" bekämpfen zu können?

Angst ist die geeignete psychologische Waffe, mit der sich totalitäre Systeme an der Macht halten. Die Menschen müssen sich fürchten, damit sie ihre Rechte der nationalen Sicherheit opfern. Dann kann man die wenigen ausschalten, die sich nicht einschüchtern lassen. Wenn dieses Gesetz nicht widerrufen wird, werden wir uns nicht mehr von irgendeiner verkommenen Militärdiktatur unterscheiden. Seine Durchführung wird ein riesiger Sprung in Richtung auf eine von Konzernen beherrschte Oligarchie sein, die (nicht nur) die USA noch mehr ausplündern wird, während sie die Bevölkerung durch staatliche und militärische Macht unterdrückt.

Das Sonderbare an diesem Gesetz ist, dass es vom FBI (der US-Bundespolizei), von der CIA, vom Direktor aller US-Geheimdienste, vom Pentagon und vom US-Justizminister nicht unterstützt wurde. FBI-Direktor Robert Mueller sagte, er befürchte, das Gesetz werde die Fähigkeit seiner Behörde behindern, Nachforschungen über Terroristen anzustellen, weil es schwerer würde vom Militär festgehaltene Verdächtige zur Zusammenarbeit zu bewegen. "Die Möglichkeit besteht, dass wir jetzt keine Spitzel mehr gewinnen können, was uns bisher problemlos möglich war," sagte er vor dem Kongress aus.

Das Gesetz wurde aber trotzdem verabschiedet. Ich vermute, das ist geschehen, weil die Konzernherren über die wachsende Unruhe auf den Straßen besorgt sind; sie wissen, dass die Unzufriedenheit immer größer wird; diese Leute befürchten, dass sich die Occupy-Bewegung so stark ausbreiten wird, dass sie von der Polizei allein nicht mehr beschützt werden können. Sie wollen auch die Armee zur Hilfe rufen können. Und das ist jetzt möglich.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Informationen über den Chris Hedges sind aufzurufen unter http://en.wikipedia.org/wiki/Chris_Hedges . Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

Unser Kommentar

Eigentlich müsste doch auch Chris Hedges längst erkannt haben, dass die Anschläge am 11.09.2001 nicht das alleinige Werk von Al-Qaida gewesen sein können, und dass Bin Laden nicht so zu Tode gekommen ist, wie die Obama-Administration behauptet hat; s. dazu http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP15111_110911.pdf und http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP07811_060511.pdf . Mit dem unter Bush und Obama errichteten Lügengebäude über die angebliche "Terrorgefahr" wurden doch erst die Voraussetzungen für die Errichtung einer faschistischen Konzerndiktatur in den USA geschaffen, gegen die Chris Hedges jetzt klagt.



Why I'm Suing Barack Obama

By Chris Hedges
January 16, 2012

Attorneys Carl J. Mayer and Bruce I. Afran filed a complaint Friday in the Southern U.S. District Court in New York City on my behalf as a plaintiff against Barack Obama and Secretary of Defense Leon Panetta to challenge the legality of the Authorization for Use of Military Force as embedded in the latest version of the National Defense Authorization Act, signed by the president Dec. 31.

The act authorizes the military in Title X, Subtitle D, entitled "Counter-Terrorism," for the first time in more than 200 years, to carry out domestic policing. With this bill, which will take effect March 3, the military can indefinitely detain without trial any U.S. citizen deemed to be a terrorist or an accessory to terrorism. And suspects can be shipped by the military to our offshore penal colony in Guantanamo Bay and kept there until "the end of hostilities." It is a catastrophic blow to civil liberties.

I spent many years in countries where the military had the power to arrest and detain citizens without charge. I have been in some of these jails. I have friends and colleagues who have "disappeared" into military gulags. I know the consequences of granting sweeping and unrestricted policing power to the armed forces of any nation. And while my battle may be quixotic, it is one that has to be fought if we are to have any hope of pulling this country back from corporate fascism.

Section 1031 of the bill defines a "covered person"—one subject to detention—as "a person who was a part of or substantially supported al-Qaeda, the Taliban, or associated forces that are engaged in hostilities against the United States or its coalition partners, including any person who has committed a belligerent act or has directly supported such hostilities in aid of such enemy forces."

The bill, however, does not define the terms "substantially supported," "directly supported" or "associated forces."

I met regularly with leaders of Hamas and Islamic Jihad in Gaza. I used to visit Palestine Liberation Organization leaders, including Yasser Arafat and Abu Jihad, in Tunis when they were branded international terrorists. I have spent time with the Revolutionary Guard

in Iran and was in northern Iraq and southeastern Turkey with fighters from the Kurdistan Workers' Party. All these entities were or are labeled as terrorist organizations by the U.S. government. What would this bill have meant if it had been in place when I and other Americans traveled in the 1980s with armed units of the Sandinistas in Nicaragua or the Farabundo Marti National Liberation Front guerrillas in El Salvador? What would it have meant for those of us who were with the southern insurgents during the civil war in Yemen or the rebels in the southern Sudan? I have had dinner more times than I can count with people whom this country brands as terrorists. But that does not make me one.

Once a group is deemed to be a terrorist organization, whether it is a Palestinian charity or an element of the Uighur independence movement, the military can under this bill pick up a U.S. citizen who supported charities associated with the group or unwittingly sent money or medical supplies to front groups. We have already seen the persecution and closure of Islamic charity organizations in the United States that supported the Palestinians. Now the members of these organizations can be treated like card-carrying "terrorists" and sent to Guantanamo.

But I suspect the real purpose of this bill is to thwart internal, domestic movements that threaten the corporate state. The definition of a terrorist is already so amorphous under the Patriot Act that there are probably a few million Americans who qualify to be investigated if not locked up. Consider the arcane criteria that can make you a suspect in our new military-corporate state. The Department of Justice considers you worth investigating if you are missing a few fingers, if you have weatherproof ammunition, if you own guns or if you have hoarded more than seven days of food in your house. Adding a few of the obstructionist tactics of the Occupy movement to this list would be a seamless process. On the whim of the military, a suspected "terrorist" who also happens to be a U.S. citizen can suffer extraordinary rendition—being kidnapped and then left to rot in one of our black sites "until the end of hostilities." Since this is an endless war that will be a very long stay.

This demented "war on terror" is as undefined and vague as such a conflict is in any totalitarian state. Dissent is increasingly equated in this country with treason. Enemies supposedly lurk in every organization that does not chant the patriotic mantras provided to it by the state. And this bill feeds a mounting state paranoia. It expands our permanent war to every spot on the globe. It erases fundamental constitutional liberties. It means we can no longer use the word "democracy" to describe our political system.

The supine and gutless Democratic Party, which would have feigned outrage if George W. Bush had put this into law, appears willing, once again, to grant Obama a pass. But I won't. What he has done is unforgivable, unconstitutional and exceedingly dangerous. The threat and reach of al-Qaida—which I spent a year covering for The New York Times in Europe and the Middle East—are marginal, despite the attacks of 9/11. The terrorist group poses no existential threat to the nation. It has been so disrupted and broken that it can barely function. Osama bin Laden was gunned down by commandos and his body dumped into the sea. Even the Pentagon says the organization is crippled. So why, a decade after the start of the so-called war on terror, do these draconian measures need to be implemented? Why do U.S. citizens now need to be specifically singled out for military detention and denial of due process when under the 2001 Authorization for Use of Military Force the president can apparently find the legal cover to serve as judge, jury and executioner to assassinate U.S. citizens, as he did in the killing of the cleric Anwar al-Awlaki in Yemen? Why is this bill necessary when the government routinely ignores our Fifth Amendment rights—"No person shall be deprived of life without due process of law"—as well as our First Amendment right of free speech? How much more power do they need to fight "terrorism"?

Fear is the psychological weapon of choice for totalitarian systems of power. Make the people afraid. Get them to surrender their rights in the name of national security. And then finish off the few who aren't afraid enough. If this law is not revoked we will be no different from any sordid military dictatorship. Its implementation will be a huge leap forward for the corporate oligarchs who plan to continue to plunder the nation and use state and military security to cow the population into submission.

The oddest part of this legislation is that the FBI, the CIA, the director of national intelligence, the Pentagon and the attorney general didn't support it. FBI Director Robert Mueller said he feared the bill would actually impede the bureau's ability to investigate terrorism because it would be harder to win cooperation from suspects held by the military. "The possibility looms that we will lose opportunities to obtain cooperation from the persons in the past that we've been fairly successful in gaining," he told Congress.

But it passed anyway. And I suspect it passed because the corporations, seeing the unrest in the streets, knowing that things are about to get much worse, worrying that the Occupy movement will expand, do not trust the police to protect them. They want to be able to call in the Army. And now they can.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern